

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK



Deutsche Unterstützung für Israels Kriegsverbrechen

»In diesen Tagen sind wir alle Israelis!« Mit diesen Worten brachte Annalena Baerbock bei einem Treffen mit dem israelischen Außenminister Eli Cohen die tiefste Solidarität seitens der deutschen Regierung, aber auch der deutschen Bevölkerung zum Ausdruck. Das ist nichts anderes als ein Freibrief für die Regierungspolitik Israels, eine Legitimation von Seiten der deutschen Regierung für den brutalen Rachefeldzug der israelischen Armee. Ihm fielen bisher über zehntausend Zivilisten,

zumeist Frauen und Kinder zum Opfer. Die Infrastruktur im Gazastreifen wurde zerstört; die Zivilbevölkerung soll letztendlich vertrieben werden, weil sie sich nicht freiwillig ihrem von Israel diktierten Schicksal fügen will.

Frau Baerbock, die ja bekanntlich eine »feministische« Außenpolitik betreibt, dabei überall auf der Welt Menschenrechte und eine »wertebasierte Ordnung« fordert, kümmert das Schicksal und die Menschenrechte

der Palästinenserinnen und ihrer Kinder nicht. Im Gegenteil: Sie wandte sich vielmehr nach stundenlangem absurdem Streit auf dem EU-Gipfel zur Lage im Nahen Osten gemeinsam mit Scholz gegen jede Art von Forderung nach einem Waffenstillstand oder einer Feuerpause weil sie das völkerrechtlich verbiefte Recht Israels zur Selbstverteidigung untergraben oder beeinträchtigen könne. Einigen konnte sich die EU auf die vage Formulierung von Feuerpausen. Nur Belgien, Spanien und Irland stimmten für eine humanitäre Waffenruhe. Von Journalisten wird der feine Unterschied zwischen Pause und Pausen so interpretiert, dass Pausen auch sehr kurz sein könnten und dazwischen der Krieg und das Morden eben weiter gehen könne. Während man sich über Stunden auf dem EU-Gipfel über eine Formulierung stritt, die das Selbstverteidigungsrecht der Israelis nicht infrage stellt, schuf die israelische Armee in Gaza weitere Fakten: Inzwischen mussten fast alle Krankenhäuser ihren Betrieb einstellen, es gibt keinen Treibstoff mehr für die Notstrom-Generatoren, die Zahl der getöteten PalästinenserInnen stieg am 28.10. auf an die 7000, davon über 3000 Kinder und Jugendliche. Und es werden täglich mehr. Viele Kinder sterben an Dehydrierung, genießbares Trinkwasser gibt es kaum noch, es herrscht Hunger. Die Stromversorgung ist völlig zusammengebrochen, damit auch die Handyverbindungen. Es kann also auch keine Hilfe für Verletzte herbeigerufen werden. Die Blockade ist total. Nur wenige LKWs mit Hilfsgütern werden über den ägyptischen Grenzpunkt Rafah in den Gazastreifen gelassen. Konsequenz wird das umgesetzt, was der Energieminister Katz kurz nach dem 7. Oktober ankündigte: »... kein elektrischer Schalter wird eingeschaltet, kein Hydrant geöffnet und kein Tankwagen kommt.«

Wer die Bilder vom Ausmaß der Zerstörung in Gaza sieht, wird unweigerlich an die deutschen zerstörten Städte während des 2. Weltkrieges erinnert, aber es gibt einen entscheidenden Unterschied: Deutsche hatten bei allem Elend immerhin noch die Möglichkeit, Schutzbunker aufzusuchen oder sich in ländliche Gegenden zu retten, die nicht von den Bombardierungen der britischen und amerikanischen Luftwaffe betroffen waren; aber im dicht besiedelten Gazastreifen gibt es solche Ausweichmöglichkeiten nicht. Hier leben 2,3 Millionen Menschen zusammengedrängt auf einem Territorium in der Größe der Stadt Bremen. So ist auch die Aufforderung der israelischen Armee, den Norden zu verlassen und in den sichereren Süden zu flüchten mehr als zynisch. Inzwischen wurde auch der Süden bombardiert, ebenso wie ein Flüchtlingskonvoi, der dieser Anweisung Folge geleistet hatte. 70 Menschen wurden getötet, 200 verletzt. Ziel dieser offensichtlichen Kriegsverbrechen an einer hilflosen Zivilbevölkerung ist nicht die Ausschaltung der Hamas, denn zu vermuten ist, dass sich die Führer dieser islamischen Bewegung entweder im weitverzweigten Tunnelsystem aufhalten oder schon längst im arabischen Ausland sind. Ziel ist es, weiterhin Druck auf Ägypten auszuüben, damit es den Grenzübergang Rafah auch für die eingesperrten PalästinenserInnen öffnet, um eine großangelegte ethnische Säuberung des Gaza-Streifens zu erzwingen. Nach Ansicht von in Deutschland lebenden PalästinenserInnen liegen Pläne vor, die Palästinenser aus dem Gazastreifen auf dem Sinai anzusiedeln, um

danach Gaza wieder vollständig unter israelische Kontrolle zu bringen. Es werden allerdings auch von Seiten der israelischen Regierung Pläne diskutiert, sich nach der völligen Zerstörung des Gazastreifens zurückzuziehen und Gaza einer internationalen Kontrolle zu unterstellen.

All dies akzeptiert die Bundesregierung. Bundeskanzler Scholz erklärte in der Tagesschau, Israel sei ein demokratischer Staat mit humanitären Prinzipien. Man könne sicher sein, dass die israelische Armee die Regeln beachten werde, die sich aus dem Völkerrecht ergäben. »Da habe ich keinen Zweifel«. Damit steht er im Gegensatz zum Generalsekretär der UN, Antonio Guterres, der in seiner Rede im Weltsicherheitsrat am 24. Oktober zwar den Terror der Hamas kritisierte, aber auch die israelischen Kriegsverbrechen im Gazastreifen verurteilte. Er machte deutlich, dass die Gewalt der Hamas nicht im luftleeren Raum entstanden ist, sondern eine Folge jahrzehntelanger israelischer Besatzung ist.

Allein mit diesem Hinweis auf die Ursachen der Gewalt rief Guterres einen Sturm der Entrüstung hervor. Der israelische UN-Botschafter kündigte an, UN Mitarbeitern zukünftig keine Aufenthaltsvisa mehr zu erteilen. Die bedingungslosen Israelunterstützer:innen in der Bundesregierung assistierten brav: SPD-Außenpolitiker Michael Roth behauptete, Guterres würde Terror verharmlosen und Ex-Entwicklungsminister Niebel sagte, Guterres habe sich zur Marionette gemacht, während FDP-Politikerin Linda Teuteberg ihm vorwirft Terror zu relativieren. Alle diese Politiker:innen stellen Netanjahu

Heft Nr. 4 · November 2023 · Jahrgang 64

Deutsche Unterstützung für Israels Kriegsverbrechen	1
»Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson«	6
Werner Ruf, eine Stimme aus der Friedensbewegung	8
Kommt nun die zweite Nakba?	
Michel Warschawski, eine Stimme aus Israel	9
»Wir haben die Grenze zum Kriegsverbrechen in Gaza überschritten.«	
Historischer Rückblick	11
Zionistische Besiedlung und Vertreibung in Palästina seit über 100 Jahren	
Unterdrückung der Palästinasolidarität	14
Korrespondenz:	15
Palästinasolidarität in Berlin-Neukölln	
Die deutsche Staatsräson schlägt zurück	

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Karaberis
 Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
 GFSA e.V. • Postbank Hamburg • BIC: PBNKDEFF
 IBAN: DE 28 2001 0020 0410 0772 05
 Zuschriften an: GFSA e.V. • Postfach 106426 • 20043 Hamburg
 e-mail: arpo.berlin@gmx.de • Internet: www.arbeiterpolitik.de



Alle Fotos in dieser Ausgabe wurden auf der Demonstration gegen den Krieg Israels gegen die palästinensische Bevölkerung des Gaza-Streifens am 4. November 2023 aufgenommen,

Wir danken dem Umbruch-Bildarchiv, das uns die Fotos zur Verfügung stellte. (umbruch-bildarchiv.org)

und seinem Verteidigungsminister Yoav Gallant, der Menschen in Gaza als »menschliche Tiere« bezeichnet, einen Blankoscheck für ihre Art der Kriegsführung aus. Das Völkerrecht, auf das sich Guterres beruft, klingt zwar gut auf dem Papier, aber ob es befolgt wird oder nicht, war letztendlich immer Ausdruck der internationalen Machtverhältnisse. Israel hat ständig Resolutionen der UN missachtet im Wissen, dass es als einzige Atommacht der Region und unterstützt von den USA und Europa freie Bahn hat.

Auch die deutsche Regierungspolitik zeigt, dass sie von Heuchelei und doppelten Standards geprägt ist, die die eigentlichen Interessen nur mühselig verbergen.

So sprach unsere Außenministerin 2023 vor dem UN-Menschenrechtsrat in Genf folgende salbungsvolle Worte: »Wir als internationale Partner müssen für die Opfer einstehen. Jedes Opfer hat seinen Namen (...). Wir müssen ihre Namen aussprechen und ihre Rechte fördern. Wir müssen die Täter beim Namen nennen.« Damit meinte sie allerdings nicht die Erschießung unbewaffneter Palästinenser:innen, (über 150 Palästinenser wurden seit dem 7. Oktober im Westjordanland getötet), auch nicht die alltägliche Gewalt in der besetzten Westbank durch Armee und bewaffnete rechtsradikale Siedler, sondern natürlich die Ukraine. Im Falle der Ukraine führt jeder Angriff russischer Raketen und Drohnen auf zivile Ziele zu lauter Empörung, während die völlige Zerstörung von

Gaza keiner Rede wert ist. Begründet wird diese Doppelmoral mit der besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Jüdinnen und Juden. Der Holocaust verpflichtete zur bedingungslosen Solidarität mit Israel. Was diese bedingungslose Solidarität auch meint, machte Verteidigungsminister Pistorius in einem Interview mit der FAZ vom 2. November deutlich. Er erklärte, dass hunderte deutsche Soldaten in den Nahen Osten geschickt worden seien, darunter auch Spezialkräfte wie die GSG9 und das KSK. Auch eine militärische Unterstützung Israels schloss er grundsätzlich nicht aus, diese stelle sich aber nicht aktuell. Die geforderte Solidarität mit Israel wird auch genutzt, um die deutsche Bevölkerung auf weitere Militärausgaben und die damit verbundenen sozialen Opfer einzustimmen, damit die Kriegstüchtigkeit der Bundeswehr hergestellt werden kann.

Gegen diese Instrumentalisierung des Holocaust hat die 1956 in Jerusalem geborene Journalistin Amira Hass in der liberalen israelischen Tageszeitung Haaretz einen Beitrag veröffentlicht. Hier einige Auszüge:

»Bundeskanzler Olaf Scholz sagte am vergangenen Donnerstag, dass das Leid und die Not der Zivilbevölkerung im Gazastreifen nur noch zunehmen werden. Dafür ist auch die Hamas verantwortlich () Sie sagten auch: Unsere eigene Geschichte, unsere Verantwortung, die aus dem Holocaust erwächst, macht es zu einer immerwährenden Aufgabe für uns, für die Existenz und die Si-

cherheit des Staates Israels einzutreten. Aber, Herr Scholz, zwischen diesem Satz und dem oben zitierten gibt es einen Widerspruch. »Das Leiden (..) wird nur zunehmen, ist ein Blankoscheck für ein verwundetes, verletztes Israel, um hemmungslos zu pulverisieren, zu zerstören und zu töten, und riskiert, uns alle in einen regionalen Krieg, wenn nicht sogar in einen dritten Weltkrieg zu verwickeln, der auch Israels Sicherheit und Existenz gefährden würde. Aber Verantwortung aus dem Holocaust bedeutet, alles zu tun, um einen Krieg zu verhindern, der zu Katastrophen führt, die wiederum zu Kriegen führen, die das Leid in einem endlosen Kreislauf vergrößern. (...)

Ihr Deutschen habt eure Verantwortung, die aus dem Holocaust - also aus der Ermordung u.a. der Familien meiner Eltern und dem Leid der Überlebenden erwächst, längst verraten. Ihr habt sie verraten durch eure vorbehaltlose Unterstützung eines Israels, das besetzt, kolonisiert, den Menschen das Wasser wegnimmt, Land stiehlt, zwei Millionen Menschen im Gazastreifen in einem überfüllten Käfig gefangen hält, Häuser abreißt, ganze Gemeinden aus ihren Häusern vertreibt und die Gewalt der Siedler fördert. (...).«¹

Schaut man hinter den Propagandanebel von angeblicher »Verantwortung aus dem Holocaust« dann wird deutlich, dass es hier um ganz andere Dinge geht als um die Verbundenheit mit der israelischen Bevölkerung. Da sind zum einen milliardenschwere Rüstungsgeschäfte, der Kauf von israelischen Überwachungssystemen und bewaffneten Drohnen und andererseits eine enge Kooperation mit dem israelischen Militär, das Spezialeinheiten der Bundeswehr im Häuserkampf ausbildet. Bedeutender ist aber die Tatsache, dass Israel als Atommacht im Interesse des westlichen Imperialismus eine Kontrolle über den gesamten Mittleren und Nahen Osten ausüben kann.

Die Ursachen der Gewalt

Der Angriff äußerst entschlossener Kämpfer auf unbewaffnete Zivilisten, darunter auch Kinder, Jugendliche auf einem Musikfestival, Frauen und Ältere, hat viele Menschen verständlicherweise in seiner Brutalität und seinen tödlichen Folgen erschreckt und abgestoßen. Diese Gewalt wird hier ausschließlich der Hamas zugeschrieben, die in Europa als Terrororganisation gelistet ist. Aber sicher ist, dass es nicht die Hamas alleine ist, die den Angriff geplant und durchgeführt hat. In den letzten Jahren haben sich angesichts der desolaten und perspektivlosen Lage weitere radikale Gruppen herausgebildet, die sich der Kontrolle durch den militärischen Arm der Hamas weitgehend entzogen haben, dazu gehören der Islamische Dschihad wie auch Gruppen, die dem IS nahe stehen. Aber auch säkulare Gruppierungen haben sich dem bewaffneten Kampf angeschlossen und teilen die zwei Hauptargumente der Hamas aus der Zeit der 2. Intifada, mit der diese die Selbstmordattentate begründete:

Diese Attentate seien als Märtyrer-Operationen eine legitime Verteidigung gegen eine gewaltsame, gnaden-

lose und tödliche Besetzung, die trotz aller UN-Resolutionen von der internationalen Gemeinschaft nicht beendet worden sei. Sie seien das einzig effektive und legitime Mittel in der Hand der Palästinenser gegen die weit überlegene militärische Macht der israelischen Armee mit ihren Apache-Hubschraubern und F-16 Bombern.²

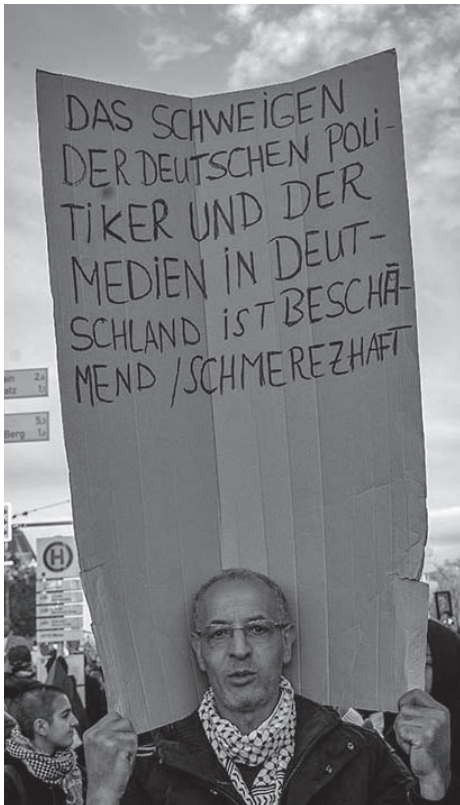
Diese Argumente für einen bewaffneten Widerstand werden von einem großen Teil der palästinensischen Bevölkerung geteilt, viele PalästinenserInnen sehen die bewaffneten Kassam-Brigaden und andere Milizen als ein legitimer Teil einer notwendigen Befreiungsbewegung gegen die koloniale zionistische Unterdrückung an. Auch Linke und Menschen aus der Palästina-Solidarität schockt das brutale Vorgehen dieser islamischen Milizen, aber moralische Verurteilungen helfen hier nicht weiter. Dass so viele junge Menschen sich inzwischen am bewaffneten Kampf beteiligen – auch im besetzten Westjordanland – hat viel zu tun mit der Frustration, dass alle bisherigen Widerstandsformen gescheitert und Verhandlungen, wie sie z.B. im Rahmen des sogenannten Osloer Friedensprozesses völlig perspektivlos blieben. Den meisten PalästinenserInnen ist inzwischen bewusst, dass Israel niemals einen funktionsfähigen palästinensischen Staat an seiner Seite wollte, sondern vom Beginn der Staatgründung an die »Agenda Eretz Israel« vom Jordan bis zum Mittelmeer« verfolgte. Dafür spricht der Ausbau der Siedlungen, der auch nach dem Oslo-Abkommen unvermindert weitergetrieben wurde. Inzwischen leben über 700.000 Siedler in Ostjerusalem und im besetzten Westjordanland – den Palästinensern bliebe für einen eigenen Staat nur noch circa 13% der ursprünglich nach dem Teilungsplan der UNO 1947 vorgesehenen Fläche, ein allein wirtschaftlich nicht funktionsfähiges Gebilde, völlig zersplittert in Bantustans. Eine Räumung der Siedlungen würde einen Bürgerkrieg in Israel auslösen. Vor diesem Hintergrund fand die Forderung der Hamas nach einer Befreiung ganz Palästinas vom zionistischen Joch des israelischen Staates immer mehr Anhänger, zumal die PLO, die sich nach dem Oslo-Abkommen als Autonomiebehörde im Dienste Israels verpflichtete und eine Sicherheitskooperation einging, als zunehmend korrupt, unfähig und völlig abhängig von europäischen und US-Geldgebern gilt. Es kam nicht von ungefähr, dass die Hamas 2006 die Wahlen für den Legislativrat sehr zum Unwillen der USA gewann, denn sie lehnte die Ergebnisse des Oslo-Abkommens ab, sowie alle Maßnahmen oder Institutionen, die darauf basierten. Khaled Hroub schreibt dazu: »Im Wahlprogramm für den Legislativrat 2006 wird erklärt, die Wahlbeteiligung der Hamas erfolge im Rahmen eines umfassenden Programms für die Befreiung Palästinas, die Rückkehr des palästinensischen Volkes auf sein Land und die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates mit Jerusalem als Hauptstadt.«³

Es ist hier nicht der Raum für eine ausführliche Darstellung der Geschichte der Hamas, ihrer Auseinandersetzungen mit der Fatah und ihrer politischen Zielset-

1 <https://www.jungewelt.de/artikel/461315.haaretz-deutschland-hat-verantwortung-schon-lange-vernachlaessigt.html>

2 siehe dazu: Helga Baumgarten, Hamas, der politische Islam in Palästina, München 2006

3 Khaled Hroub, Hamas – Die islamische Bewegung in Palästina, 2010 Palmyra Verlag Heidelberg



zungen, aber eines sollte uns klar sein: Sie ist Bestandteil der palästinensischen Bevölkerung, begreift sich als Befreiungsbewegung und wird erklärbar sowohl aus dem Versagen der Autonomiebehörde und ihrer Anpassungsstrategien als auch den Folgen der immer brutaler werdenden israelischen Besatzungs- und Blockadepolitik. Ihr Handeln erscheint vor dem Hintergrund des Scheiterns jeder Friedensbemühungen als durchaus erklärbar. Die hier vorherrschende Etikettierung der Hamas als terroristisch dient nur dazu jegliche Debatte über die Vorgeschichte und die Bedingungen, unter der sich die Miliz der Hamas entwickelt hat, zu unterbinden und das brutale Eingreifen der israelischen Armee im Gazastreifen, die der Hamas natürlich militärisch völlig überlegen ist, zu legitimieren. Ein Führer der algerischen Befreiungsbewegung (FNL) soll einmal auf die Frage, weshalb sie Bomben in Babytragetaschen transportierten, geantwortet haben: »Gebt ihr uns eure Flugzeuge, dann geben wir euch unsere Babytragetaschen.« Die Brutalität, mit der die Milizen aus dem Gazastreifen vorgegangen sind, ist Ausdruck einer völligen Asymmetrie in den militärischen Ausgangsbedingungen.

Wie sich dieser Krieg weiterentwickelt, ob er sich zu einem Flächenbrand entwickelt, der den Libanon, Libyen, den Irak, den Jemen, den Iran und andere arabische Staaten miterfasst oder ob er sich durch amerikanischen Druck noch einhegen lässt, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch völlig offen. Eines aber ist klar: Die Bemühungen Israels durch die Zerstörung des Gazastreifens und der Vertreibung aller BewohnerInnen die Hamas zu zerstören, indem man ihr die Grundlagen entzieht, wird scheitern. Selbst wenn eine Eliminierung ihrer Führung gelingen sollte, werden neue, noch radikalere Gruppen

entstehen, denn die dahinter liegenden Ursachen bleiben. Frieden für die israelische Bevölkerung wird es erst geben ohne die koloniale Besatzungspolitik, wenn Mauern und die Apartheidstrukturen enden und alle Menschen zwischen Jordan und Mittelmeer die gleichen Rechte besitzen.

10. November 2023 ■



»Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson«

Dieser Satz von Olaf Scholz vom 12. Oktober ist keineswegs neu. So ähnlich haben das vor ihm Merkel, Schröder und die früheren Kanzler auch geäußert. Was ist der Hintergrund?

Nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg wurde Deutschland von den Siegermächten in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Kaum jemand von den von Deutschland angegriffenen Ländern konnte sich zunächst vorstellen, dass dieses Land, das so viele Tote und Verwüstungen in Europa hinterlassen hatte, wieder ein normales gleichberechtigtes Mitglied der Völkergemeinschaft werden könnte. Dann aber brach der Systemgegensatz zwischen den ehemaligen Alliierten auf. Es bildeten sich zwei Blöcke, einmal um die kapitalistische Hauptmacht USA, einmal um die sozialistische Sowjetunion. Deutschland teilte sich entlang der sowjetisch besetzten Zone in einen westlichen und einen östlichen Teil.

Die deutsche Bourgeoisie hatte 1933 ihre politische Macht an die Nazipartei abgetreten um ihre Herrschaft zu erhalten und die Herrschaft über Europa zu sichern. Sie hatte zwar dabei einen Totalschaden erlitten, aber in den westlichen Besatzungszonen hatten die Alliierten dafür gesorgt, dass ihr Kapital, d.h. ihre Fabriken, in ihrem Eigentum blieben und sie so ihre wirtschaftliche Macht weiter ausüben konnte.

Mit dem beginnenden Kalten Krieg zwischen Westblock und Ostblock witterte sie nun ihre Chance. Westdeutschland wurde wieder gebraucht im Kampf gegen die Sowjetunion! Einmal als entscheidender Industriestandort Westeuropas, zum anderen als Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion. Aber um als Mitglied in den Westblock aufgenommen zu werden mussten noch einige Hürden übersprungen werden.

Eine Hürde war der Massenmord an der jüdischen Bevölkerung während der Naziherrschaft. Diese wurde genommen mit dem Luxemburger Abkommen 1952, in dem Deutschland sich verpflichtete »Wiedergutmachung« zu leisten durch Zahlungen für die Wiedereingliederung der überlebenden Juden, vor allem durch Zahlungen an Israel.

Die zweite Hürde waren die Reparationsforderungen der Länder, die Deutschland überfallen und zum Teil zerstört hatte. Die entscheidende Konferenz dazu fand 1952/53 in London statt unter Beteiligung aller kapitalistischen ehemaligen Kriegsgegner Deutschlands, also ohne Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten. Die Verhandlung von deutscher Seite führte an wichtiger Position der Bankier Hermann Josef Abs. Er war im Dritten Reich im Vorstand der Deutschen Bank, hatte selbst von einer Enteignung einer jüdischen Bank profitiert und führte selbst weitere Enteignungen (»Arisierungen«) durch. Außerdem war er im Aufsichtsrat der IG Farben, dem damals weltgrößten Chemiekonzern, der in Auschwitz ein Außenlager betrieb. Im Grunde also ein Schwerverbrecher, der aber von der britischen Besatzungsbehörde kurz nach dem Krieg als Fachmann wieder angeheuert worden war. Unter Führung von Abs gelang es der deutschen Delegation mit Unterstützung der USA die Reparationsforderungen sehr stark zu reduzieren. Aber die USA

verlangten, dass das Luxemburger Abkommen Teil des Londoner Schuldenabkommens wird. Deutschland akzeptierte das natürlich, wenn auch im Bundestag einige Altnazis dagegen stimmten.

Damit wurde die »Wiedergutmachung« (Sowieso absurd: Wie kann man die Ermordung von sechs Millionen Juden eigentlich »wiedergutmachen« wollen?), d.h. die Unterstützung Israels, zur Vorbedingung für den Eintritt des deutschen Staates als Nachfolgerin des Dritten Reichs in den westlichen Club. Der Weg war frei für das deutsche Kapital. Es konnte jetzt mit den im 3. Reich erweiterten, modernsten Produktionsanlagen Europas den Marsch zur Exportnation Nr. 1 antreten. Man hatte den 2. Weltkrieg doch noch gewonnen.

Auf einem Geheimgespräch vom Generaldirektor im israelischen Verteidigungsministerium Schimon Peres und dem bundesdeutschen Verteidigungsminister Franz Josef Strauß im Spätsommer 1957 bekannte sich Strauß zur Verantwortung Deutschlands für das Überleben des von feindlichen Nachbarn in seiner Existenz bedrohten jüdischen Staates und stellte Rüstungshilfen samt Finanzierung in Höhe von 300 Millionen Deutsche Mark in Aussicht. Dies war acht Jahre vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen beider Staaten der Beginn einer Verteidigungskooperation, die bis heute fortbesteht.

Das wird gemeint, wenn gesagt wird: »Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson.«

Habecks »Kanzlerrede«...

... so lobt die FAZ vom 3.11. Die »Bild« einen Tag zuvor: »Historische Rede«. Der ehemalige »Bild«-Redaktionschef Reichelt spricht von »moralischer Klugheit (...) und vor allem tief berührender, aufrichtiger Empathie«. Israels Botschafter dankte Habeck für »die richtigen Worte zur richtigen Zeit«. Und auch Dietmar Bartsch von der Linkspartei meinte: »Hier hat Habeck einfach recht.« (Zitate aus JW, 3.11.23) Von rechts bis links ein Lobgesang! Was war da so Sensationelles passiert? Habeck hatte am 1.11. auf X einen zehninütigen Videobeitrag veröffentlicht, in dem er mit dem Satz beginnt: »*Israels Sicherheit ist deutsche Staatsräson*«. Dazu gehöre auch »*militärischer Beistand*«: »*Waffenlieferungen, die angefragt werden, werden erfüllt werden*.« Also: Deutschland will sich an Israels Krieg gegen Gaza beteiligen.

Dann geht er auf die Angriffe gegen jüdische Menschen in Deutschland und die »*islamistischen Demonstrationen*« ein, auf denen ein unakzeptables Ausmaß an Antisemitismus vorherrsche, der »*eine harte politische Antwort*« brauche. »*Wer kein Deutscher ist, riskiert (...) seinen Aufenthaltsstatus. Wer noch keinen Aufenthaltstitel besitzt, liefert einen Grund, abgeschoben zu werden*.«

Natürlich müssen wir die Angriffe gegen Juden hierzulande verurteilen. Aber was hat das mit dem israelischen Krieg gegen Gaza zu tun? Habeck vermischt hier zwei Themen, die nicht zusammengehören. Sollen wir denn z.B., wenn hier moslemische Menschen aus Fremdenhass angegriffen und ermordet werden, deswegen den Krieg der Türkei gegen die Kurden rechtfertigen?



Auch die Linke kriegt ihr Fett weg: »Die Solidarität mit Israel wird rasch brüchig«. Da werde dann auf den Kontext verwiesen (meint: die Geschichte der palästinensischen Unterdrückung seit 1948 gehört nicht hierher). Aber »Kontextualisierung darf hier nicht zur Relativierung führen«. (Meint: Wenn Israelis getötet werden, ist das viel schlimmer, als wenn Israel Palästinenser tötet.) Und wer von Kolonialismus in diesem Zusammenhang redet, argumentiert antisemitisch: »Antikolonialismus darf nicht zu Antisemitismus führen.« (Meint: Wir bedauern mit Steinmeier den Massenmord der deutschen Kolonialisten im heutigen Zimbabwe, ist ja auch 120 Jahre her, lehnen aber alle Forderungen nach Entschädigung ab.)

Und dann das Völkerrecht. Die Opfer unter der palästinensischen Bevölkerung seien schlimm, Israel müsse sich auch an das Völkerrecht halten. »Aber wer würde solche Erwartungen an die Hamas formulieren?« (Tatsächlich tun sie das alle, wenn sie die Hamas als Terroristen, Mörderbande bezeichnen, die sich damit nicht an das Völkerrecht hält.) Also zwei Feinde sind ausgemacht: Die Islamisten und die Linken. Dabei heißt »Islamisten« häufig Islam und Moslem. So äußerte sich der migrationspolitische Sprecher der Hamburger SPD in der »Morgenpost« (23.10.23): »Zunächst möchte ich feststellen, dass nicht jeder Muslim ein Antisemit ist.« Will sagen: Es gibt auch Ausnahmen. Das erinnert fatal an die Diskussionen zwischen der jüngeren und älteren Generation nach dem 3. Reich über die Judenverfolgung. Da fiel dann schon mal der Satz: »Nicht alle Juden waren schlecht. Es gab auch gute Juden.«

Dann wird Habeck Geschichtslehrer: »Der Zweite Weltkrieg war ein Vernichtungskrieg gegen Juden. Für das

Naziregime war die Vernichtung des europäischen Judentums das Hauptziel.«¹ Aha! Der Eroberungskrieg in Europa, der Rassen- und Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion war also ein Nebenziel des faschistischen Deutschlands? Vielleicht ein Kollateralschaden? Motto: Das mit den Juden war ja schon schlecht, aber sonst ... Wer das vergisst, will vielleicht an alte Großmachtpläne anknüpfen. Der Ukrainekrieg ist ja ein Anfang.

Habeck dockt im Grunde bei der AfD an, die vor einer »Islamisierung Deutschlands« warnt. Es passt auch hervorragend zur Migrationsdebatte: schneller abschieben, Einreise verweigern. Mit den Muslimen hat man da schon mal eine Gruppe, die verdächtig ist und eigentlich nicht hierher gehört. Der CDU-Vorsitzende Merz formuliert das sehr klar. Auf die Frage, ob Deutschland Gaza-Flüchtlinge aufnehmen solle, antwortet er: »Nein. Sollte es Flüchtlinge geben, dann sind diese zunächst einmal ein Thema für die Nachbarstaaten. Deutschland kann nicht noch mehr Flüchtlinge aufnehmen. Wir haben genug antisemitische junge Männer im Land.«²

Hier werden wieder Sündenböcke geschaffen. Auf die kann man dann alles abschieben, was schiefläuft: Wohnungsnot, Sozialabbau, Kriminalität usw.

Das hatten wir doch schon mal. Und die Linke applaudiert »Kanzler« Habeck. Da ist jeder Kompass verloren gegangen.

10. November 2023 ■

1 alle Zitate aus: Robert Habecks Rede zu Israel und Antisemitismus im Wortlaut | STERN.de

2 NZZ, 21.10.23



■ WERNER RUF, EINE STIMME AUS DER FRIEDENSBEWEGUNG

Kommt nun die zweite Nakba?

Der Zionismus ist das Kind des nationalistischen 19. Jahrhunderts. Die Judenpogrome in Osteuropa, die Dreyfus-Affäre in Frankreich und wachsendes antisemitisches Schrifttum in ganz Europa bildeten den Hintergrund für den Zionisten-Kongress in Basel 1897, auf dem die Gründung eines jüdischen (säkularen) Staates gefordert wurde – egal wo, in Ostafrika oder Patagonien oder eben in Palästina.

Im ersten Weltkrieg suchte der britische Imperialismus Verbündete im Kampf zur Zerschlagung des osmanischen Reiches: Den Zionisten wurde die Schaffung einer »nationalen Heimstätte« in Palästina versprochen, den in Mekka residierenden Haschemiten ein unabhängiges arabisches Königreich. Realisiert wurde dann jedoch das Sykes-Picot-Abkommen (alles 1917), in dem Großbritannien und Frankreich die Aufteilung des Nahen Ostens in Kolonialgebiete vereinbarten. So wurde nach dem 1. Weltkrieg Palästina britisches Mandat. Bis zum 2. Weltkrieg kämpften palästinensische und aus der Einwanderung nach Palästina entstandene zionistische Gruppen gegen diese Kolonialherrschaft.

Im November 1947 beschlossen die Vereinten Nationen eine Zwei-Staaten-Lösung, die für den geplanten Staat Israel ein etwas größeres und auf der Seeseite gelegenes Territorium vorsah. Ab Dezember 1947 (Plan Dalet) begannen zionistische Milizen mit der systematischen Vernichtung palästinensischer Dörfer und Städte und der Vertreibung der »arabischen« Bevölkerung. Auch das einzige dieser Massaker, das international Beachtung fand, die Zerstörung des Dorfes Dir Yassin, erfolgte einen Monat vor der Gründung des Staates Israel. Ein Mythos ist es also, dass die palästinensische Bevölkerung einem Aufruf zur Flucht gefolgt sei, den die arabischen Armeen, die Israel nach der Staatsgründung 1948 angriffen, erlassen hätten. Für die Palästinenser ist diese Vertreibung von 700 000 Menschen bis heute, 75 Jahre danach, die Nakba, die Katastrophe.

Der Überfall am 7. Oktober 2023 wurde getragen von einer Koalition, der auch der Islamische Jihad und die säkulare PFLP angehörten. Er war also nicht nur eine Aktion der von der EU als Terrororganisation geführten Hamas, sondern weitere Teile des palästinensischen Widerstands, allerdings ohne Beteiligung der PLO und der von ihr getragenen »Autonomiebehörde«. Dieser Angriff wurde mit äußerster Brutalität gegen die israelische Zivilbevölkerung geführt. In der arabischen Welt (nicht jedoch bei den meisten der dortigen Regierungen) und in weiten Teilen der Dritten Welt wurde er als erfolgreicher Aufstand im antikolonialen Befreiungskampf mit Begeisterung aufgenommen. Im Westen jedoch und vor allem in Deutschland wurde er schärfstens verurteilt, dem Staat Israel wurde »bedingungslose« Unterstützung zugesichert.

Doch: Welcher Staat Israel ist gemeint? Der Staat in seinen von der UN anerkannten Grenzen von 1967? Oder der Staat Israel einschließlich der seither von ihm annektierten Gebiete? Der Staat Israel einschließlich der völkerrechtswidrig errichteten Siedlungen? Und um welche Art Staat handelt es sich? Jene viel gepriesene »einzige Demokratie im Nahen Osten« oder einen Staat auf der Grundlage des Nationalstaatsgesetzes von 2018, von dem Premierminister Netanjahu sagte »Israel ist nicht der Staat aller seiner Bürger ... sondern des jüdischen Volkes – und nur dieses.«? Ein Staat, dessen derzeitiger Finanzminister Smotrich sich selbst als Faschisten bezeichnet? Ein Staat, in dem der Sicherheitsminister Ben Gvir die Auslöschung der Kleinstadt Huwara verlangt? Ein Staat, dessen angekündigte Bodenoffensive gegen die Bewohner des Gazastreifens lange auf sich warten ließ, weil, so zumindest kritische Beobachter, seine Armee damit beschäftigt war, Siedler bei ihren Attacken auf Palästinenser im Westjordanland, beim systematischen Entwurzeln von Olivenbäumen, beim Zerstören von Dörfern, beim Stehlen von Schaf- und Ziegenherden, beim Vertreiben

der Bewohner zu schützen, ja zu unterstützen? Noch vor dem Angriff der Hamas wurden allein im West-Jordanland über 200 Palästinenser getötet.

Während der Angriffe vom 7. Oktober und noch danach verteilte der israelische Sicherheitsminister in den besetzten Gebieten hunderte von Sturmgewehren an gewaltbereite Siedler! Eine neue ethnische Säuberung ist also längst im Gange. Und die von Israel beförderte Flucht der Bewohner des Küstenstreifens nach Süden: Ist sie Vorbereitung für eine neue, massenhafte Vertreibung, da doch der »Transfer« der palästinensischen Bevölkerung in benachbarte arabische Staaten seit Jahrzehnten Thema der israelischen Politik ist?

»Vergeltung«, Rache und Hass erscheinen als die Gebote der Stunde. Der Schuldige, der Einfachheit halber allein die Hamas, steht eindeutig fest, kollektive »Bestrafung« erscheint moralisch gerechtfertigt. Ja, dieser Angriff ging von den Palästinensern aus. Ja, das Verhalten vieler Angreifer war barbarisch. Doch der Angriff kam nicht aus heiterem Himmel: Seit 2008 wurden – vor allem in den Gaza-Kriegen – fast 4000 Palästinenser getötet. Die Lebensbedingungen in diesem Freiluftgefängnis sind seit rd. 15 Jahren unerträglich: Ab 2020 bezeichnen die UN den Gaza-Streifen als unbewohnbar: 95% des Wassers hat keine Trinkwasserqualität, das Abwassersystem wurde 2014 bombardiert und zerstört ...

Israels erklärte Absicht ist es, die Hamas zu vernichten – Grund des grausamen Gewaltausbruchs am 7. Oktober sind jedoch Besatzung, Rechtlosigkeit, Siedlungsbau,

Apartheid. Welcher Grad der Verzweiflung die Bevölkerung erfasst hat, zeigen jene Eltern in Gaza, die die Arme und Beine ihrer Kinder mit deren Namen beschriften, damit, wenn das schier Unausweichliche geschieht, ihre Leichen nicht namenlos in einem der vielen Massengräber verscharrt werden.

An diesem Grauen sind wir nicht unbeteiligt. Die israelische Journalistin Amira Hass hat klare Worte für das deutsche Vorgehen gefunden. In »Haaretz« schrieb sie: *»Ihr Deutschen habt eure Verantwortung, die sich aus dem Holocaust ergibt, längst verraten ... Ihr habt sie verraten durch eure vorbehaltlose Unterstützung eines Israel, das besetzt, kolonisiert, den Menschen das Wasser wegnimmt, Land stiehlt, zwei Millionen Gazaer in einen überfüllten Käfig sperrt, Häuser abreißt, ganze Gemeinden aus ihren Häusern vertreibt und die Gewalt der Siedler fördert.«* Kritik an der »bedingungslosen Unterstützung« solcher Politik ist kein Antisemitismus!

9. November 2023, Werner Ruf ■

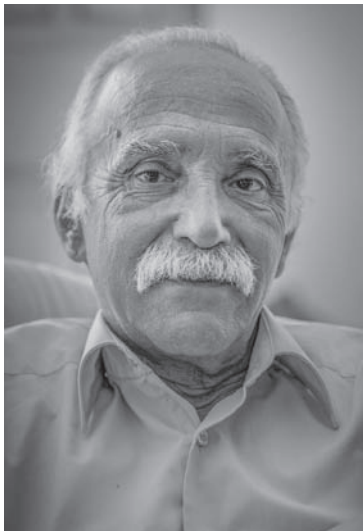
Werner Ruf ist Mitglied der AG Friedensforschung an der Universität Kassel sowie Vertrauensdozent der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Im April 2022 gehörte Ruf zu den Unterzeichnern eines offenen Briefes, in welchem Bundeskanzler Olaf Scholz aufgefordert wurde, im Zuge des russischen Überfalls auf die Ukraine der Ukraine keine Waffen zu liefern sowie die Regierung in Kiew zu ermutigen, den militärischen Widerstand zu beenden.

■ MICHEL WARSCHAWSKI, EINE STIMME AUS ISRAEL

»Wir haben die Grenze zum Kriegsverbrechen in Gaza überschritten.«

Für den israelischen Schriftsteller und Journalisten Michel Warschawski ist Israel dabei, im Gazastreifen »ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit« zu begehen. Er prangert auch die Mittelmäßigkeit der politischen Debatte in Frankreich an.



Michel Warschawski
Quelle wikipedia

Rachida El Azzouzi
In einem Interview mit »Mediapart« prangert der Schriftsteller und Journalist Michel Warschawski, eine führende Persönlichkeit der israelischen Friedensbewegung und der Linken, der sich gegen Besatzung und Kolonisierung engagiert, das »Verbrechen gegen die Menschlich-

keit« an, das der jüdische Staat an der Zivilbevölkerung in Gaza begeht.

Mediapart: Seit dem 7. Oktober bombardiert Israel als Reaktion auf die Massaker der Hamas auf seinem Territorium wahllos den Gazastreifen, wobei Tausende von Zivilisten getötet und verletzt wurden. Diese Bombennacht war eine der intensivsten in der palästinensischen Enklave, die durch den jüdischen Staat von der Welt (d.h. von Internet und Telekommunikation) abgeschnitten ist. Wie würden Sie diese Gewalt beschreiben?

Michel Warschawski: Wir haben es nicht nur mit Kriegsverbrechen, sondern mit einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Gaza zu tun. Der Internationale Strafgerichtshof muss sich damit befassen. Die Bevölkerung von Gaza zahlt wieder einmal einen sehr hohen Preis, aber dieses Gemetzel und die Tausenden von Toten in Gaza haben die israelische Öffentlichkeit nicht beruhigt, die sich sehr bedroht fühlt.

Ich bin sehr besorgt über den Wahnsinn unserer rechtsextremen Regierung, auf die der internationale Druck und das Gerede von einer Beruhigung der Lage wenig Einfluss haben. Wir haben es mit Extremisten zu

tun, die nicht nur Verbrecher, sondern auch unfähig sind. Netanjahu ist ihre Geisel. Und das ist beängstigend.

Ich war fassungslos über die von der Hamas verübten Massaker. Ich war aber auch erstaunt über die Abwesenheit des Staates, von Benyamin Netanjahu und seinen rechtsextremen Verbündeten.

Mediapart: Sind Barbarei und blinde Rache der neue Kompass, an dem sich beide Seiten in einem seit Jahrzehnten festgefahrenen Konflikt orientieren?

Warschawski: Zunächst einmal lehne ich die Symmetrie zwischen den beiden Seiten ab. Es gibt einen Besatzer und einen Besetzten. Auch wenn die besetzte Seite unerträgliche Methoden anwendet, die verurteilt werden müssen. Wir dürfen nie vergessen, dass Israel der Besatzer ist und den Schlüssel zur Lösung in der Hand hält. Die Palästinenser sind bis zum Äußersten getrieben worden – von der Verzweiflung, aber auch von einem Gefühl der Würde: 'Wenn wir schon sterben müssen, dann lasst uns im Kampf für unser Land sterben'.

Ich war und bin immer noch bestürzt über die von der Hamas begangenen Massaker. Wir alle tragen etwas Beklemmendes in uns, etwas, das auf uns lastet. Meine Tochter und ihre Freundinnen begannen am 7. Oktober zu weinen, und wir Männer ein paar Tage später. Was mich am meisten beeindruckt hat, war natürlich die Gewalt, obwohl ich verstehen kann, woher sie kommt: von einer politischen Führung und einer Bevölkerung, die in Gaza in einem Druckkessel lebt, der früher oder später explodiert.

Aber ich war auch erstaunt über die Abwesenheit des Staates, von Benyamin Netanyahu und seinen rechtsextremen Verbündeten. Es war die Zivilgesellschaft, die die Dinge selbst in die Hand genommen hat. Auch heute noch werden zum Beispiel die Flüchtlinge aus den jüdischen Städten rund um den Gazastreifen von Vereinen und Bürgerinitiativen aufgenommen und nicht vom Staat. So sehr, dass Netanjahu zum ersten Mal gesagt hat: »Wenn der Krieg vorbei ist, werden wir Bilanz ziehen müssen«. Der Staat hat sich dieser Aufgabe nicht gestellt.

Mediapart: Sie sagen, dass »Israel den Schlüssel zur Lösung in der Hand hält«. Wie sieht diese Lösung aus?

Warschawski: Rückzug aus den besetzten Gebieten. Und keine weitere *Nakba* zu verursachen [*Katastrophe* auf Arabisch, bezogen auf die Flucht oder Vertreibung von fast 760.000 palästinensischen Männern und Frauen während des ersten arabisch-israelischen Krieges, der mit der Gründung des Staates Israel 1948 zusammenfiel – Anm. d. Red.]. Ein Minister der israelischen Regierung sagte, wir müssten das Werk von 1948 vollenden. Unsere Regierung ist von der Idee besessen, dass wir zu viele Palästinenser auf unserem Territorium behalten haben, und möchte eine Gelegenheit schaffen, Israel zu säubern und es in einen bevölkerungsmäßig jüdischen Staat zu verwandeln, d. h. in einen Staat, der ganz oder fast ganz aus Juden besteht.

Das liegt auf einer Linie mit dem vor zwei Jahren verabschiedeten Grundgesetz: Israel als Nationalstaat des jüdischen Volkes, was in völligem Widerspruch zu den

Verpflichtungen steht, die der junge Staat Israel im Hinblick auf seine Aufnahme in die Vereinten Nationen 1949 eingegangen ist. Es geht nicht nur darum, die nationalen Rechte der Palästinenser nicht mehr anzuerkennen, sondern auch darum, sie so schnell wie möglich loszuwerden. Das ist erschreckend.

Man kann nicht zwei Millionen Menschen in einen Druckkochtopf in Gaza stecken und nicht erkennen, dass dieser früher oder später explodieren wird.

Mediapart: Der israelisch-palästinensische Konflikt ist auf blutigste Art und Weise in den Vordergrund der geopolitischen Szene zurückgekehrt. Ist diese beispiellose mörderische Gewalt auch die Folge der Beseitigung der palästinensischen Frage, die viele diplomatische Kreise, sowohl im Westen als auch in den arabischen Ländern, insbesondere mit den Abraham-Abkommen begraben wollten?

Warschawski: Ja, der israelisch-palästinensische Konflikt ist in der Realität immer noch sehr präsent. Aber einige der Machthaber in Israel glaubten, wir könnten die palästinensische Frage völlig ignorieren und die Beziehungen zu den arabischen Ländern normalisieren, so als ob nichts geschehen wäre. Das war ein großer Irrtum.

Israel will alles haben, aber nichts geben. Das heißt einerseits die Beziehungen normalisieren, andererseits aber nichts an seiner Politik ändern. Ich habe im Fernsehen die Bilder der großen Demonstrationen gesehen, die in arabischen Ländern wie Marokko stattgefunden haben. Die arabischen Regime können die Tatsache nicht ignorieren, dass es eine öffentliche Meinung gibt, die unterschiedenen Anteil am Leiden der Palästinenser nimmt.

Was am 7. Oktober geschah, musste früher oder später passieren. Wir treffen uns zweimal pro Woche in einem kleinen Café mit Freunden, die eher links als rechts, aber nicht unbedingt linksradikal sind und eher älter. Sie sind nicht auf Rache aus. Normalerweise sind das vernünftige Leute, aber dieses Mal mussten wir ihnen erklären, wie unvermeidlich diese Gewalt war.

Mediapart: Warum war diese Gewalt unvermeidlich?

Warschawski: Weil es das Prinzip des Schnellkochtöpfes ist, der explodieren muss! Man kann nicht zwei Millionen Menschen in einen Druckkochtopf wie Gaza stecken und nicht erkennen, dass er früher oder später explodieren wird. Zwei Millionen Menschen sind seit über einem Jahrzehnt in einem kleinen Gebiet eingesperrt und einer totalen Blockade unterworfen.

Diese zwei Millionen Menschen haben Rechte, angefangen bei dem Recht zu existieren und zu atmen. Als Vergeltung unterwirft Israel sie einer totalen Belagerung und schneidet ihnen Wasser, Lebensmittel, Medikamente, Strom, Internet und Telekommunikation ab. Diese Reaktion ist inakzeptabel.

Ich sehe im Westen (insbesondere in Frankreich) bedauernde Debatten, die dem extremen Ernst der Lage nicht gewachsen sind. Anstatt alle Hebel in Bewegung zu setzen, um einen sofortigen Waffenstillstand durchzusetzen, ziehen es viele politische Führer vor, Israel die Treue zu schwören. Vor den Augen der ganzen Welt ma-

chen sie sich damit mitschuldig an einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Mediapart: Kann die israelische Linke nach dem 7. Oktober noch mit den Israelis über die palästinensische Realität sprechen, oder stirbt sie gerade?

Warschawski: Es ist schon seit einiger Zeit schlecht um sie bestellt und es wird nicht besser werden. Die Stärke der israelischen Linken war, dass sie jüdisch-arabisch war. Und die Tatsache, dass sie jüdisch-arabisch war, verlieh ihr auch eine zahlenmäßige Stärke. Die israelischen Juden waren in der Minderheit. Aber ab dem Jahr 2000 erlitt die jüdisch-arabische Front einen schweren Schlag, der das zahlenmäßige Gewicht der Demonstrationen gegen Krieg und Besetzung reduzierte. Heute bezahlen wir für die Folgen.

Mediapart: Haben Sie noch etwas Hoffnung?

Warschawski: Mein Großvater, der den gesunden Menschenverstand eines polnischen Juden besaß, der ohne große Bildung nach Frankreich ausgewandert war, pflegte uns zu sagen: *»Wir wissen nicht, was die Zukunft bringt, also können wir genauso gut auf das Beste setzen und nicht auf das Schlimmste.«* Das ist auch mein Cha-

rakter. Ich weiß, dass es Möglichkeiten gibt. Es ist nur eine Frage des politischen Willens und des internationalen Drucks. Andererseits ist es nicht ausgeschlossen, dass diese Abfolge von mörderischen Dummheiten den Sturz Netanjahus herbeiführen könnte, was mich persönlich und viele Israelis freuen würde.

Die israelische öffentliche Meinung ist sehr unbeständig. Heute kann sie hyper-aggressiv sein und sich sehr schnell auf das stürzen, was eine Lösung zu sein scheint. Tel Aviv blickt hauptsächlich nach Europa, in den Westen. Und dann ist da noch der Rest von Israel. Der sieht ein bisschen aus wie Ihre Städte und Vorstädte (in Frankreich). Diese Bevölkerungsgruppen wählen im Allgemeinen rechts – im Gegensatz zu Tel Aviv, das viel linker ist, genauer gesagt mitte-links.

Und diese Spaltung wird sich meiner Meinung nach noch verstärken. Es gibt zwei verschiedene Israels. Andererseits werden unsere Vororte seit Jahrzehnten als *»zweites Israel«* bezeichnet, insbesondere die armen Städte an der Grenze zum Gazastreifen.

Übersetzung aus dem Französischen ins Italienische von: AssoPacePalestina

Übersetzung aus dem Italienischen ins Deutsche: Gewerkschaftsforum Hannover

■ HISTORISCHER RÜCKBLICK:

Zionistische Besiedelung und Vertreibung in Palästina seit über 100 Jahren



1989 gab die Gruppe Arbeiterpolitik zusammen mit der Autonomen Nahostgruppe Hamburg eine Broschüre heraus: *»Zionismus, Faschismus, Kollektivschuld«*. In diesen *»Beiträgen zur Diskussion«* beschäftigten wir uns damals mit den Themen: Zionismus und Faschismus in Deutschland, Judenfrage und Judenvernichtung im deutschen Faschismus, Zur Geschichte der Kollektivschuld-Ideologie, Palästinensischer Befreiungskampf.

Aus aktuellem Anlass veröffentlichen wir erneut Ausschnitte aus dem ersten Kapitel der Broschüre. Sie kann von unserer Webseite heruntergeladen werden oder als gedrucktes Exemplar über die Redaktionsadresse bestellt werden.

Jüdische Frage und Zionismus: Exodus - Einwanderung in die Wagenburg

Im Denken der meisten Menschen in der BRD beginnt die Geschichte Israels mit der Gründung des Staates 1948 und der Judenverfolgung unter den Nazis. Tatsächlich bewegten sich in den 30er und 40er Jahren große Flüchtlingsströme von Europa nach Palästina. Viele Juden, die der Terrormaschine der Nazis entkamen, konnten sich ein Leben in den europäischen Ländern, vor allem in Deutschland, nicht mehr vorstellen.

Aber was war das für ein Land, in dem sie ankamen? Seit Jahrzehnten schon, lange vor dem deutschen Faschismus und dem zweiten Weltkrieg, führten hier zio-

nistische Siedler einen erbitterten Kampf zur Vertreibung der arabischen Bevölkerung und zur Durchsetzung eines nur-jüdischen Staates. Seit Beginn der Judenverfolgung in Deutschland setzten die Zionisten alles daran, dass sich die jüdischen Flüchtlinge in Palästina und nicht in anderen Ländern der Welt niederließen. Sie brauchten die Flüchtlingsmassen, um die Basis des zionistischen Lagers in Palästina zu verbreitern. [...]

Die Durchsetzung des Zionismus in Palästina

Mit der zweiten »Alija«¹, die nach 1905 einsetzte, veränderte sich der Charakter der Siedlungspolitik in Palästina grundlegend. Ursache der neuen Einwanderungswelle war die russisch-polnische Konterrevolution, der vor allem Juden zum Opfer fielen. Massaker und Pogrome, die nun auch organisiert von reaktionären Gruppen (den »Schwarzhundertschaften«) durchgeführt wurden, trieben wieder Juden massenhaft nach Westen.

Die Interessenkoalition von Zionisten, jüdischem Bürgertum und imperialistischer Großmachtspolitik leitete einen Teil des Flüchtlingsstroms nach Palästina weiter. Die osteuropäischen Juden, die nun in Palästina ankamen, waren ihrer Herkunft nach aber schon »Proletarisierte«, zumeist Handwerker. Und die zweite »Alija« wurde zur Geburtsstunde der zionistischen Arbeiterbewegung, die diese proletarisierten Einwanderer organisierte. Sie gerieten in Gegensatz zu den schon vorhandenen jüdischen Siedlern. Diese lehnten nämlich die Beschäftigung von jüdischen Landarbeitern ab, weil sie zu teuer und zu wenig qualifiziert waren.

Nun entbrannte über mehrere Jahre ein heftiger Kampf zwischen den Siedlern und den Einwanderern. Die zionistischen Arbeiterorganisationen gaben die Lösung von der »Eroberung der Arbeit« aus. Sie besagte: Auf »jüdischem Boden« dürfen nur jüdische Arbeitskräfte beschäftigt werden. Neben dem erbitterten Kampf gegen die Siedler entstanden die ersten Kibuzim, und die zionistische Politik in Palästina geriet fast vollständig unter die Führung der zionistischen Arbeiterbewegung. Es war ein Klassenkampf nach mehreren Seiten: gegen die jüdischen Grundbesitzer und gegen die arabischen Landarbeiter.

Diese politische Praxis war von den Begründern der zionistischen Arbeiterbewegung schon vorher programmatisch festgelegt worden. Bochorow, der Theoretiker und Gründer der »Poale Zion«, hatte in seinen Schriften die Vertreibung aller nicht-jüdischen Elemente zum Programm erhoben. Bochorow und die »Poale Zion« bedienten sich zur Rechtfertigung ihrer Politik in »scharfsinniger« Weise des Marxismus (und sie verstanden sich selber auch als revolutionäre Marxisten): Sie sahen die Ursachen der Judenverfolgung in der ökonomischen Sonderstellung der Juden. Um sich als Juden emanzipieren zu können, so Bochorow, müssten die Juden erst zum »Proletariat« werden im Rahmen einer eigenen Nation. Bochorow und seine Anhänger haben in klaren Worten

ausgesprochen, was dafür zu tun war – die Vertreibung der Araber von Land und auch von Arbeit.

David Hacoen, ein Führer der zionistischen Arbeiterbewegung, erklärte später: »Ich mußte mit meinen Freunden viel über den jüdischen Sozialismus streiten; mußte die Tatsache verteidigen, dass ich keine Araber in meiner Gewerkschaft akzeptierte; dass wir Hausfrauen predigten, nicht in arabischen Geschäften zu kaufen; dass wir an Obstplantagen Wache hielten, um arabische Arbeiter daran zu hindern, dort Arbeit zu finden; dass wir Benzin auf arabische Tomaten schütteten; daß wir jüdische Frauen attackierten und die arabischen Eier, die sie gekauft hatten, vernichteten; dass wir den Jüdischen Nationalfonds hochpriesen, der Hankin nach Beirut schickte, um Land von abwesenden Großgrundbesitzern zu kaufen und die arabischen Fellachen vertrieb; dass es verboten ist, einen einzigen jüdischen Dunam an einen Araber zu verkaufen. ... All das zu erklären war nicht leicht.« (Ha'aretz, 15.11.1968)

Die führende Partei der zionistischen Arbeiterbewegung war die Achdut Avodah (»Einheit der Arbeit«), aus der später (1930) die Mapai (Arbeiterpartei) hervorging. Ihr Führer war Ben Gurion. 1920 wurde der Gewerkschaftsverband Histadrut gegründet, insbesondere mit der Zielsetzung, die »Proletarisierung« – und das hieß konkret: die »Eroberung der Arbeit« – zu fordern. [...]

Die militante Siedlungs- und Arbeitspolitik der Zionisten verschärfte den Gegensatz zu den Arabern. Mehrfach kam es zu schweren Auseinandersetzungen und Unruhen. Ein Höhepunkt waren die Kämpfe am Ende der 20er Jahre, in denen Araber bewaffnet jüdische Siedlungen überfielen. Diese spontanen und gewaltsamen Ausbrüche des Protestes dienten den Zionisten wiederum als Legitimation für die Härte ihrer Politik. Der Tod von jüdischen Kindern und Frauen bei diesen Auseinandersetzungen wurde als neuerliches Pogrom angeklagt und vor allem gegen jene Juden angewandt, die weiterhin an einer (auch klassenmäßigen) Zusammenarbeit mit den Arabern festhielten.

Die zionistische Siedlungspolitik war ein Motor für die Herausbildung der arabischen Nationalbewegung. Diese hatte in Ägypten ihren Ausgang genommen (nach dem »Verrat« Großbritanniens an dem arabischen Aufstand gegen das osmanische Regime), aber in Palästina nahm sie durch die unmittelbare Konfrontation mit dem Zionismus deutlichere Formen an. Klassenmäßig blieb sie allerdings beschränkt auf arabische Intellektuelle einerseits, die auf eine Renaissance der verschütteten arabischen Kultur und Sprache hinwirkten, und auf die Schicht der Großgrundbesitzer andererseits. Diese hatten lange von den zionistischen Landkäufen profitiert, sahen aber ihren Einfluss durch das weitere Vordringen der Zionisten bedroht. Sie stellten bis zur Gründung des Staates Israel hauptsächlich die Führung des arabischen Widerstandes. Die breiten Volksschichten, Landarbeiter und von der Enteignung bedrohte Fellachen, konnten sich als »Entwurzelte« oder Bauern kaum organisieren. Dieser fehlende klassenmäßige Zusammenhang überließ den feudalen Schichten die Führung und war auch der wesentliche Grund dafür, dass die mehrfachen Aufstandsversuche, zuletzt 1936, letztlich scheiterten.

Die zionistische Gemeinschaft, die durch ihre Interessenlage und die Festigung ihrer ökonomischen Basis

1 »Seit der Entstehung des politischen Zionismus im 19. Jahrhundert bedeutet der Begriff allgemein ‚jüdische Einwanderung‘ nach Palästina bzw. seit 1948 nach Israel.« (<https://de.wikipedia.org/wiki/Alija>; entnommen 9.11.2023)

einen hohen Grad an Einheitlichkeit und Geschlossenheit hatte, konnte sich so Stück für Stück durchsetzen.

Die »Wagenburg« wird zum Staat

Bis in den zweiten Weltkrieg hinein war – sowohl für die zionistische Politik wie den arabischen Widerstand – die Politik der britischen Großmacht entscheidend. Großbritannien, das seine Kolonialpolitik nie auf nur eine Volksgruppe gestützt hatte, sondern jeweils die »Schwächeren« gegen die »Stärkeren« hetzte, benutzte wechselweise die zionistische Politik als Gegengewicht zu der wachsenden arabischen Nationalbewegung und die Proteste der Araber gegen das drohende zionistische Übergewicht. Als Mittel diente ihr dazu die Einwanderungspolitik, die »Quotierung« der Einwanderungszahlen.

Sowohl unter den Führern des arabischen Lagers wie innerhalb des Zionismus war das Verhältnis zur britischen Mandatsmacht gespalten. Diese Widersprüche spitzten sich mit dem deutschen Faschismus zu. Die veränderten europäischen Machtkonstellationen wirkten auch nach Palästina hinein, wo zur gleichen Zeit die Auseinandersetzungen zwischen Zionisten und Arabern auf die Spitze trieben. Ein Teil der feudalen Führung des arabischen Widerstandes suchte den Kontakt zu den faschistischen Achsenmächten, so bei dem spektakulären Besuch des Großmufti von Jerusalem in Berlin. Umgekehrt gab es in der zionistischen Führung Widersprüche über die weitere weltpolitische Orientierung.

Ein Flügel, um Weizmann, setzte auf eine festere Bindung an Großbritannien, ein anderer – um Ben Gurion – auf die USA; teils wegen deren stärker gewordenen Rolle im kapitalistischen Lager, teils wegen der engen Verbindung mit der zionistischen Lobby in den USA.

Mit der Judenverfolgung im faschistischen Deutschland setzte eine neue – und bis dahin größte – Einwanderungswelle in Palästina ein. Die britische Mandatsmacht war kaum in der Lage, diese Flüchtlingsströme aufzuhalten. Nach den vorangegangenen Kämpfen im Innern Palästinas bedeutete dieses Anwachsen des jüdischen Gemeinwesens die Erfüllung der zionistischen Hoffnung. Von Anbeginn hatten die Zionisten nicht nur auf die militante Verdrängung der Araber durch den organisierten Zionismus gesetzt, sondern auch auf das zahlenmäßige Wachstum der Juden in Palästina. Dies sollte die Berechtigung für einen nur-jüdischen Staat schaffen.

Noch vor dem Krieg war Großbritannien kaum noch in der Lage, die Situation in Palästina zu beherrschen. Ein entscheidender Durchbruch – zugunsten des Zionismus – war der arabische Aufstand 1936. Großbritannien mußte nun auch im Eigeninteresse (entsprechend der Logik seiner »Schaukelpolitik«) die Schleusen für den Zustrom der Einwanderer wieder offen halten.

Umgekehrt bedeutete die Niederlage im Aufstand eine langandauernde Schwächung des arabischen Widerstandes. Der Zweite Weltkrieg brachte nun – nicht nur in Palästina – das Ende des britischen »Empire«, das weder finanziell noch politisch (angesichts der erstarkenden Nationalbewegungen) aufrechtzuerhalten war. Zwar kämpften sowohl Araber wie Zionisten auf Seiten der Briten, aber im zionistischen Lager entschied sich im Krieg die Bündnisfrage. Der Flügel um Ben Gurion setzte

sich mit seiner amerikanischen Orientierung durch, was 1942 mit dem »Biltmore-Abkommen« besiegelt wurde. Die britische Mandatszeit lief offiziell 1948 ab, bis dahin mussten – in der neu entstandenen weltpolitischen und regionalen Situation – »vollendete Verhältnisse« geschaffen werden. Als am Ende des Krieges wieder Massen von Juden auf dem Weg nach Palästina waren, war der bewaffnete Kampf schon im Gange. Die zionistischen Militär- und Terrororganisationen »Haganah« (aus der die israelische Armee entstand) und »Irgun« (unter Führung von Menachem Begin) nahmen den Kampf gegen die britische Mandatsmacht auf. Während der Agonie des britischen Mandats wurden von der neu entstandenen Institution der »Vereinten Nationen« verschiedene Teilungspläne für Palästina verhandelt. Keiner, auch nicht der letztlich verabschiedete, entsprach den Zielen der Zionisten. Noch in der Nacht, in der die offizielle Mandatszeit der Briten auslief, proklamierte Ben Gurion den neuen Staat Israel, und es begann der erste Nah-Ost-Krieg, in dem durch militärische Expansion und Besetzung das heutige Kerngebiet Israels durchgesetzt wurde. Die Durchsetzung des israelischen Staatsgebiets war verbunden mit der massenhaften Vertreibung der Araber von Grund und Boden, aus ihren Häusern und Städten. Die Geburtsstunde des Staates Israel ist auch die Geburtsstunde der palästinensischen Flüchtlingslager in den arabischen Ländern. ■



Unterdrückung der Palästinasolidarität in Deutschland

Die Fülle an Demo- und Kundgebungsverboten, an Behinderungen durch massive Polizeipräsenz, Raumverboten und Auflagen lässt sich im Einzelnen nicht beschreiben. Aber alle diese staatlichen Maßnahmen sind von dem Willen getragen, Solidarität mit der leidenden Bevölkerung in Gaza und Proteste gegen die Besatzungspolitik Israels zu verhindern, Beteiligte einzuschüchtern, um die »deutsche Staatsräson« durchzusetzen. Dabei herrscht Willkür: Mal wird eine Kundgebung durch ein Verwaltungsgericht genehmigt, dann aber kurz vor Beginn durch ein Landesgericht doch verboten, mal wird eine Kundgebung, die genehmigt wurde, dann doch mit Polizeikräften aufgelöst, weil angeblich gegen Auflagen verstoßen wurde. In Städten, in denen eine größere palästinensische Community existiert, wie in Berlin, Frankfurt und Hamburg, scheinen die Repressionen besonders groß zu sein. Palästinenser:innen und Unterstützer:innen aus Berlin, darunter auch Mitglieder der jüdischen Stimme für einen gerechten Frieden im Nahen Osten berichten, dass sie sich wie in einem Polizeistaat fühlen. Allein in Kassel wurde nur eine einzige Kundgebung erlaubt, allerdings mit teils absurden Auflagen versehen, verbunden mit der Drohung, die »Mahnwache für die Toten in Gaza« werde sofort aufgelöst, wenn gegen die Auflagen verstoßen würde. Verlangt wurde: keine antisemitischen Aussagen, keine Parolen, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen, deshalb verboten die Parole: »From the River to the Sea, Palestine will be free«, verboten Symbole der Hamas und Hizbollah. Da bekannterweise hierzulande auch Kritik an der Besatzungspolitik Israels als antisemitisch gilt, ist der polizeilichen Willkür Tor und Tür geöffnet. In anderen Städten sind auch schon Palästina-Fahnen untersagt, regelrecht Jagd gemacht wird auf Jugendliche, die ein Palästina-Tuch tragen, in Kassel wurde eine junge Frau, die sich das Gesicht in den Palästina-Farben angemalt hatte, von einem Polizisten ergriffen, der ihr die Farben mit Gewalt abwusch. Der Versuch einer umfassenden Unterdrückung von staatlich nicht genehmten Meinungsäußerungen nimmt teilweise schon absurde Züge an: In Berlin legte die Bildungssenatorin Katharine Günther Wunsch (CDU) den Schulleitungen aller Berliner Schulen ein Verbot für das Tragen von Palästinensertüchern und anderer Symbole, z.B. Buttons mit der Aufschrift »Free Palestine«, nahe. Begründet wurde diese Ansage im sperrigen Amtsdeutsch, dass »jede demonstrative Handlungsweise oder Meinungsäußerung, die als Befürwortung oder Billigung der Angriffe gegen Israel oder Unterstützung der diese durchführenden Terrororganisationen wie Hamas oder Hizbollah verstanden werden kann, in der gegenwärtigen Situation eine Gefährdung des Schulfriedens darstellt und untersagt ist.«

Dass diese Ansage selbst eine erhebliche Gefährdung des Schulfriedens darstellte, kam ihr nicht in den Sinn, allein Meinungsäußerungen, die als Unterstützung von



»Niemand ist frei, bis alle frei sind« – antisemitisch?

sogenannten Terrororganisationen verstanden werden **könnten**, sollten schon ein Verbot nach sich ziehen. So will man Schüler:innen zum Duckmäsertum und zu staatstreuen Untertanen erziehen und ihnen schon frühzeitig selbstständiges Denken austreiben. Fehlt nur noch der Prügelstock.

Von ähnlichen Repressionen an der Universität und Kasseler Schulen berichtete ein Mitglied der SDAJ auf einer Mahnwache des Kasseler Friedensforums: »... Hier in Kassel fragen wir uns: was kommt als Nächstes? Die Stadt Kassel hat bisher alle Kundgebungen gegen das Morden in Gaza abgelehnt, bis auf eine einzige! Und wir haben bewiesen, dass wir friedlich gesinnt sind und keine Gefährdung für die Kasseler Öffentlichkeit darstellen. An den Kasseler Schulen gibt es seit Beginn der aktuellen Situation in Gaza Vorfälle: Am Goethegymnasium zum Beispiel wurde eine Schülerin, die die Kufiya (Anmerk.: das Palästinensertuch) trug, gefragt, ob sie Terroristin sei. Ein Graffiti mit den Worten »Free Palestine« führte an einer Kasseler Schule dazu, dass der Staatsschutz eingeschaltet wurde und man Jugendliche wie politische Straftäter behandelt. An der Uni Kassel wurde durch Unileitung und Kriminalpolizei die Vorführung einer Dokumentation über den friedlichen Protest an der Grenze Gazas 2018 und die tödliche Reaktion Israels darauf verboten. Bei einer daraufhin spontan stattfindenden Versammlung an der Uni erfuhren wir erstmals, dass ein Slogan für die Befreiung Palästinas verboten sei. Die Veranstaltung musste deshalb aufgelöst werden und die Polizei nahm die Personalien eines Demonstranten auf. Gestern wurde uns beim Gedenken an Youssef Shaban abermals gezeigt, wie ernst es die Unileitung unter der Führung von Ute Clement mit der Meinungsfreiheit meint. Wir sollten mundtot gemacht werden und kein Wort über die aktuelle politische Lage verlieren. Aber Youssef (Ein Student der Uni, der beim Besuch seiner Familie in Gaza durch eine israelische Bombe ums Leben kam – eine Studentengruppe hatte für ihn eine öffentliche Trauerfeier organisiert) ist nicht durch einen Autounfall oder eine Naturkatastrophe gestorben. (...) Als die Rednerinnen und Redner es wagten, seinen Tod zu kontextualisieren, entriss die Unipräsidentin ihnen das Mikrofon, stellte die Lautsprecher ab und beendete die Veranstaltung.« (Was ihr letztendlich nicht gelang!)

Zum Schluss seiner Rede äußerte der junge Genosse noch einen wichtigen Gedanken. Er betonte, dass es wichtig sei, dass wir uns zusammenschließen, denn

überall in unserem Alltag seien wir Lügen und Diskriminierung ausgesetzt. Wir müssten uns gegenseitig unterstützen, um nicht machtlos und allein zu sein.

Der Gedanke der politischen Zusammenarbeit über politische Grenzen hinweg wird immer dringlicher, denn wir müssen uns darauf einstellen, dass eine zunehmend aggressivere Außenpolitik begleitet werden wird von einer zunehmend repressiveren Innenpolitik. Die Verschärfung von Polizeigesetzen spricht eine deutliche

Sprache. Heute sind es noch Minderheiten, im aktuellen Fall mit migrantischem Hintergrund, die die staatliche Unterdrückung zu spüren bekommen. Aber das wird nicht so bleiben, wenn größere Teile der noch passiven Bevölkerung beginnen, gegen den zu erwartenden sozialen Abstieg zu kämpfen. Dann werden die heute gegen eine Minderheit geschaffenen Gesetze alle Menschen treffen, die sich wehren. Darauf müssen wir uns einstellen.

10. November 2023 ■

■ KORRESPONDENZ: PALÄSTINASOLIDARITÄT IN BERLIN-NEUKÖLLN

Die deutsche Staatsräson schlägt zurück

Tagelang beherrschten die Vorgänge in und um die Sonnenallee die Schlagzeilen in den Medien, wenn es um Auswirkungen des Krieges in Palästina auf die innenpolitischen Verhältnisse in Deutschland ging. Die Sonnenallee, wegen der vielen arabischen Geschäfte, Cafés und Restaurants auch ‚Arabische Straße‘ oder ‚Klein-Damaskus‘ genannt, wurde zu einem Brennpunkt der Proteste, in denen vor allem Jugendliche mit arabischen Wurzeln ihrer Empörung, ihrer Wut und ihrem Hass auf die Besatzungspolitik der israelischen Regierung Ausdruck verliehen.

Begonnen hatten die Konflikte am Ernst-Abbé-Gymnasium am 9. Oktober, nachdem ein Schüler mit palästinensischer Fahne auf dem Schulhof von einem Lehrer geohrfeigt wurde. Daraus entstand eine körperliche Rangelei. Über die Reaktionen von Eltern und Schüler:innen berichtete der Tagesspiegel am 11. Oktober: »Die Elternvertretung der Neuköllner Oberschule hatte für Mittwoch ursprünglich zu einer Kundgebung in der Sonnenallee gegen Gewalt an Schulen mit 400 Teilnehmern mobilisiert. Diese wurde am Morgen von der Polizei verboten. Auch Ersatzveranstaltungen sind nach Angaben der Behörde bis zum 17. Oktober untersagt. Es bestehe die Gefahr, dass es bei der Versammlung zu volksverhetzenden, antisemitischen Ausrufen sowie zu Gewaltverherrlichungen oder Gewalttätigkeiten komme, begründete die Polizei ihre Entscheidung. Sie verwies auf Erfahrungen auch in den vergangenen Tagen. ‚Wir konnten im Vorfeld erwarten, dass es möglicherweise Hamas-Sympathisanten gibt, die diese Kundgebung ausnutzen werden für ihre Zwecke‘, sagte ein Polizeisprecher vor Ort.«

Nicht nur pro-palästinensische Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen wurden in den nächsten Tagen verboten, zugleich wurden auch israelkritische Aktionen unterbunden. Die ‚taz‘ berichtete am 15. Oktober: »Polizei und Politik gehen hart gegen jede Form von Palästina-Solidarität vor. Demos, Pali-Fahnen und -tücher werden verboten – auch auf Schulhöfen. So kursieren auf X [...] mindestens zwei Videos, die zeigen, wie die Polizei am Samstag gegen Männer vorgeht, die in Neukölln eine Palästina-Flagge zeigen. Dort hatten sich an der Kreuzung Sonnenallee/Reuterstraße am Nachmittag laut Polizei rund 150 Menschen versammelt [...] Zuvor war eine für Samstag angemeldete propalästinensische Demonstration des Vereins ‚Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost‘ verboten worden. Wie der Verein auf Facebook erklärte, habe sich daraufhin Vorstands-

mitglied Iris Hefets mit einem Plakat auf den Hermannplatz gestellt, auf dem stand: ‚Als Jüdin und Israelin: stoppt den Genozid in Gaza‘. Die Polizei habe ihr das mit Verweis auf ein Versammlungsverbot untersagen wollen, heißt es weiter in dem Post, Hefets habe aber darauf bestanden, ‚dass sie als Einzelperson das Grundrecht der freien Meinungsäußerung hat‘. Darauf hätten sie die Polizist*innen zunächst in Gewahrsam genommen [...].«

Der importierte »Antisemitismus«

Die selbsternannten Sprecher der Zivilgesellschaft, wie die Berliner Grünen-Abgeordnete Kahlefeld, machten eine neue, für die Gesellschaft gefährliche Entwicklung, ausfindig: den importierten Antisemitismus vor allem junger Männer aus muslimisch geprägten Gesellschaften. Damit schlugen sie zwei Fliegen mit einer Klappe:

Wen interessieren noch die Jugendsünden des stellvertretenden bayerischen Ministerpräsidenten mit den übelsten antijüdischen Hetzschriften in seiner Schulumappe? Wir haben doch längst unsere Vergangenheit vorbildlich aufgearbeitet. Der Kampf gegen den neuen Feind steht nun im Vordergrund. Dies sind Eingewanderte und Geflüchtete, die sich nicht den Regeln der deutschen Gesellschaft unterordnen wollen und vor allem nicht der Staatsräson gegenüber Israel. Ein breites Parteien-Bündnis, vom rechten Flügel der Linkspartei bis hin zur AfD, ist sich in dieser Frage einig. Dieser deutsche »Antisemitismus«, zu dem sich verbal auch führende Mitglieder der AfD bekennen, ist ein moralisches Aushängeschild hinter dem die Durchsetzung ganz handfester materieller politischer und strategischer Interessen verborgen werden soll.

Der Bevölkerung wird ein neues Feindbild präsentiert: »die uns überflutende Flüchtlingswelle vor allem aus der moslemischen Welt«. Inzwischen haben die Union als auch die Parteien der Ampelkoalition zahlreiche AfD-Programmpunkte in ihre Gesetzesvorlagen für die Asyl- und Migrationspolitik übernommen.

Massendemos gegen Israels Krieg in Gaza

Angesichts der Unruhe unter der Jugend mit Migrationshintergrund, die vor allem an den Schulen hochkochte, änderte der Senat seine Taktik. Die israelkritischen und propalästinensischen Aktionen wurden nicht mehr generell im Voraus verboten, sondern unter strengen Aufla-



gen genehmigt. Der Senat wollte ein Ventil öffnen und sich zugleich die Kontrolle über die Proteste sichern. Das führte zu eigenartigen Konstellationen, die der polizeilichen Willkür Tür und Tor öffnete. Die Vertreter der Staatsgewalt vor Ort sollten und konnten entscheiden, welche Redebeiträge, Parolen oder Transparente einen antisemitischen Inhalt hätten. Dementsprechend willkürlich waren die Reaktionen der Ordnungshüter bei der Festnahme von Demonstrationsteilnehmenden oder der Beschlagnahme von Plakaten und Spruchbändern. Das erinnert an Berichte von sozialdemokratischen Parteiversammlungen aus dem Deutschen Kaiserreich erinnert. Damals saß jeweils ein aufmerksam zuhörender Polizist in der ersten Reihe des Saales. Bei staatszersetzenden Reden oder Inhalten sollte und konnte er die Versammlung sofort auflösen lassen.

Die ersten genehmigten propalästinensischen Kundgebungen fanden am letzten Oktoberwochenende statt. Vor dem Hauptbahnhof hatte die Friedenskoordination zu einer Kundgebung für Samstag, den 28. Oktober um 14.00 Uhr aufgerufen. Etwa 1.000 Teilnehmende hatten sich eingefunden und lauschten der sachkundigen Kritik an den Besatzungsmethoden Israels und den Berichten über die Opferzahlen des Bombenterrors gegen die Zivilbevölkerung im Gazastreifen. Auch Iris Hefets gehörte zu den Redner:innen. Danach fuhren etliche Teilnehmer:innen nach Kreuzberg, wo für 16.00 Uhr eine Demonstration angesetzt war. Der Tagesspiegel meldete: »Zu der Kundgebung, die um 16 Uhr am Oranienplatz begann, waren 1.500 Menschen angemeldet. Etwa eine Stunde später setzte sich der angemeldete Aufzug mit nunmehr rund 4.300 Personen in Bewegung und wuchs im weiteren Verlauf auf rund 11.000 Teilnehmende an, wie die Polizei am Sonntag in einer Bilanz mitteilte.«

Die Reihe weiterer Kundgebungen und Aktionen setzte sich die Woche über fort. Die bisher größte Demonstration für die Rechte des palästinensischen Volkes fand am 4. 11. statt. Vor dem Roten Rathaus hatten sich mehrere tausend Teilnehmende zu einer Auftaktkundgebung versammelt, die anschließend zum Potsdamer Platz zogen. Die Polizei bezifferte die Anzahl auf 8.500; ich schätze, dass sich bestimmt 15.000 Menschen an dem riesigen Umzug beteiligten. Die Zusammensetzung glich der Demo vor einer Woche. Sehr viele junge Menschen arabischer Abstammung, aber auch aus anderen Ländern des globalen Südens beteiligten sich. Die linke Szene aus Berlin mit ihren zahlreichen Initiativen und Kleingruppen beteiligte sich ebenfalls, bestimmte allerdings nicht

das Bild der Demo. Das wurde durch die zahlreichen selbstgemalten Parolen und Losungen bestimmt

Veranstaltungs- und Tagungsräume blockiert?

Die ‚Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost‘ geriet mit ihren Stellungnahmen ins Visier der Berliner Parteien. Auch ihr gegenüber setzten die politisch Verantwortlichen nach der anfänglichen Konfrontation durch polizeiliche Verbote auf die indirekte Bekämpfung der Initiative. Dazu gehört die Verweigerung bei der Anmietung von Diskussions- und Veranstaltungsräumlichkeiten. Zum Abend des 4. 11. hatte die ‚Jüdische Stimme‘ zu einer Jubiläumsfeier mit Reden und Diskussionen eingeladen. Die Veranstaltung fand in dem vom Senat finanziell unterstützten interkulturellen Neuköllner Projekt ‚Oyoun‘ statt. Über den Versuch die Vermietung der Räumlichkeiten zu unterbinden berichtete der ‚Tagesspiegel‘ am 5. 11.: »Einen Stopp der finanziellen Förderungen sowie aller Kooperationen des Senats mit dem Kulturzentrum hatte die Neuköllner Grünen-Abgeordnete Susanna Kahlefeld Anfang der Woche gefordert. Im vergangenen Jahr finanzierte die Berliner Kulturverwaltung das Zentrum mit fast anderthalb Millionen Euro. [...] Ausgangspunkt der Kontroverse war ein Statement der ‚Jüdischen Stimme‘. Dort hieß es unter anderem, **Wir sind voller Trauer um die Toten, in Gedanken bei den Trauernden und Verletzten, voller Angst um Freund:innen und Verwandte in ganz Israel-Palästina. Wir sind auch wütend, wütend auf die Unterstützer des 75-jährigen israelischen Kolonialregimes und die Blockade des Gazastreifens, die zu diesen Ereignissen geführt hat. Was nun geschehen ist, gleich einem Gefängnisausbruch, nachdem die Insassen zur lebenslangen Haft verurteilt wurden, nur weil sie Palästinenser:innen sind.**«

Der Tagesspiegel schrieb in dem schon zitierten Bericht auch: »Oyoun hatte die Aufforderung des Berliner Senats, die Veranstaltung abzusagen, zurückgewiesen und in einem Statement auf seiner Webseite ‚volle Solidarität‘ zur ‚Jüdischen Stimme‘ erklärt. [...] ‚Wir werden uns dem Druck des Senats nicht beugen‘. Der Linken-Bezirksverband [Neukölln] beschrieb die Aufforderung des Senats in seiner Mitteilung vom Freitag als ‚vorläufigen Tiefpunkt‘. Es sei zutiefst geschichtsvergessen, dass eine deutsche Landesregierung auf diese Weise jüdische Friedensaktivist:innen zum Schweigen bringen will. ‚Das Oyoun ist eine kulturelle Heimat für viele Menschen mit Migrationsgeschichte in Neukölln und ganz Berlin‘, schrieb der Linken-Bezirksverband.«